

# KLIMAPOLITIKKOMMUNIKATIONSKATASTROPHE

[klima-retten.info](http://klima-retten.info) – [klima-retten@email.de](mailto:klima-retten@email.de)

2017 – 2020 Stand: 6.2

## Inhalt

These: Wir haben auch ein massives Kommunikationsproblem.....	1
1. „Verzichtsapostel“ vs. „Wohlstandsbewahrer“ .....	1
2. „Einzelne“ vs. „politische Rahmensetzung“ .....	2
3. „Panik“ vs. „kühler Kopf“ .....	4
4. „Erst die Alternativen“ dann „Senkung der Emissionen“ .....	4
5. „Anreize“ vs. „Verbote“ .....	4
6. „Das rechnet sich doch noch nicht“ – ein Missverständnis .....	5
7. „CO <sub>2</sub> -Steuer“ vs. „Emissionshandel“ .....	6
8. „Internationale Wettbewerbsfähigkeit“ vs. „Vorreiterrolle“ .....	7
9. Appell an die Politik: Redet mit uns!.....	7

## These: Wir haben auch ein massives Kommunikationsproblem

Ein wesentlicher Grund warum wir beim Klimaschutz seit bald 40 Jahren nicht so recht vorankommen, sind auch Kommunikationsprobleme. Wir reden an vielen Stellen einfach sehr oft aneinander vorbei, verfehlen das Thema oder diskutieren nicht die richtigen Schwerpunkte.

Hier sollen Ansatzpunkten gezeigt werden, die deutlich zu machen, wie wir das verbessern können. Dabei werden die Themen absichtlich auch zugespitzt, um die Punkte deutlich zu machen.

### 1. „Verzichtsapostel“ vs. „Wohlstandsbewahrer“

Eine vernünftige Debatte über den Dekarbonisierungsprozess wird oft zerrieben durch die Extreme der ewigen Verzichtsapostel, die schon immer anderen Menschen sagen wollten, was ein glückliches Leben ausmacht, und denjenigen, die Wohlstandsverluste auf jeden Fall ausschließen wollen.

Ein Beispiel für letzteren Fall ist ein Zitat des Wirtschaftsministers Peter Altmaier: „Klimaschutz wird nur dann funktionieren, wenn unser Wohlstand nicht gefährdet wird“. Vor dem Hintergrund, dass wir vor gigantischen Wohlfahrtsverlusten durch einen ungebremsten Klimawandel stehen und es für die Ärmsten der Welt ums nackte Überleben geht, macht einem diese Aussage sprachlos.

Aber auch die liegen falsch, die den Verzicht an sich erhöhen und zu einer neuen Heilsbotschaft machen wollen. Kapitalismuskritik, so berechtigt sie sein mag, sollte nicht das Thema „Dekarbonisierung“ kapern. Das hilft uns im Moment nicht wirklich weiter sondern führt eher zu einer unfruchtbaren Ideologisierung. Dass ein nicht regulierter Kapitalismus bei der Begrenzung der menschgemachten Erderwärmung versagt, ist eine Binsenweisheit.

Ein Beispiel für einen „Verzichtsapostel“ ist der Wissenschaftler Prof. Niko Paech, der sagt: die „radikale Reduktion von Ansprüchen, welche der materiellen Selbstverwirklichung dienen, sei kein Mangel, sondern ein Gewinn.“

Die Realität ist viel profaner:

Wir müssen lernen, dass man mit den Naturgesetzen nicht verhandeln kann. Wir müssen uns politisch auf der Basis des derzeitigen naturwissenschaftlichen Erkenntnisstandes konkrete Reduktionsziele für Treibhausgase vornehmen und diese auch einhalten. Das bedeutet einen gewaltigen ökologischen Strukturwandel in relativ kurzer Zeit. Bei dem es Verlierer und Gewinner geben wird. Wie bei jedem

Umbruch. Dabei müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Dafür muss die Politik sorgen. Dabei ist es legitim, womöglich notwendige Wohlstandsverluste durch intelligente Klimaschutzpolitik zu minimieren bzw. Wohlstand/Wohlfahrt in den gegebenen ökologischen Grenzen weiter zu maximieren. Die Frage, ob damit noch Wachstum im heutigen Sinne in den hochentwickelten Industriestaaten möglich ist, ist zweitrangig. Die „Wachstumskritiker“ zäumen das Pferd von hinten auf. Kein Wachstum bedeutet nicht automatisch Nachhaltigkeit.

Wir müssen lernen „Zukünfte zu vergleichen“, so schwer uns das auch scheinbar mental fällt. Wir müssen vergleichen: welchen Wohlstand werden wir ohne erfolgreichen Klimaschutz 2050 haben und welchen mit einer erfolgreichen Begrenzung der Erderwärmung?

Wir werden wohl Konsumverzicht zu Gunsten zukünftiger Generationen leisten müssen, weil es einfach notwendig ist und nicht, weil es uns vielleicht glücklicher macht. Dabei sollten wir uns einen gewissen „Verzichtsschmerz“ zugestehen, statt uns gegenseitig vorzuwerfen, wir hätten die „falschen“ Bedürfnisse. Was uns glücklich macht, sollten wir grundsätzlich noch selbst entscheiden bzw. auf einer anderen Ebene gesellschaftlich diskutieren. Jetzt müssen wir uns auf eine schnelle Dekarbonisierung am besten über einen wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis mit Klimadividende konzentrieren. Dafür brauchen wir jetzt politische Mehrheiten.

Stabile Mehrheiten für die Dekarbonisierung werden wir dabei nicht durch „Marketingtricks“ und durch „Halbwahrheiten“ erreichen. Dafür ist die Lage mittlerweile zu ernst. Ein wichtiger Baustein ist, dass die Politik in Demokratien wieder an Gestaltungsmacht zurückgewinnt. Dafür muss sie mit ihren Wählern offen reden. Dazu gehört auch, auf die **Chancen** der Dekarbonisierung hinzuweisen. Ein umfassender Strukturwandel bietet auch die Chance der Gestaltung. In welchen Städten wollen wir in Zukunft leben? Wie organisieren wir eine Neue Solidarität? Wie kann Mobilität in ländlichen Räumen erhalten bzw. sogar neu geschaffen werden? Wie können ländliche Räume sonst gestärkt werden? Etc. pp. Aber das Reden über „Chancen“ darf eben kein „Marketingtrick“ sein. Auch, dass **Zumutungen** auf uns zu kommen, muss klar benannt werden.

## 2. „Einzelne“ vs. „politische Rahmensetzung“

Da werden Klimaforscher oder Grünenpolitiker gefragt, wie sie es mit dem Klimaschutz verbinden können, wenn sie nach Spitzbergen oder zu einer Klimakonferenz fliegen. Selbst der Wirtschaftsminister Altmaier wurde im Morgenmagazin beim Thema Klimaschutz als erstes gefragt, wie er denn ins Studio gekommen sei. Viele Leser fragen sich jetzt vielleicht: wo liegt das Problem? Das Problem ist, das unser Klimaschutzdiskurs eine gewaltige Schiefelage hat. Dürfen nur die mehr Klimaschutz fordern, die heute schon so leben wie wir alle spätestens 2050 leben müssen: Nämlich vollkommen dekarbonisiert? Dürfen nur die Armen bei uns mehr Klimaschutz fordern, weil deren Pro-Kopf-Emissionen unter dem Durchschnitt liegen? Wie sinnvoll sind solche Fragen, wenn z.B. noch gar keine Flüge mit synthetischem Treibstoff angeboten werden, da diese sich bei fehlender politischer Rahmensetzung betriebswirtschaftlich einfach noch nicht rechnen?

Nein, das kann es nicht sein. Auch jemand mit einem überdurchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck muss politisch mehr Klimaschutz fordern dürfen. Sonst moralisieren wir uns in eine Sackgasse. Was kommt nach der „Flugscham“? Die „Gefrierschrankscham“? Winfrid Kretschmann hat es einmal auf den Punkt gebracht: „CO<sub>2</sub>-Preis statt Moralkeule“. Wir müssen eine kollektive Scham entwickeln, wenn wir es nicht schaffen, uns als Gesellschaft pariskompatible Regeln zu geben. Was wir dann brauchen ist vor allem eine „CO<sub>2</sub>-Preis-Scham“, wenn wir es nicht schaffen CO<sub>2</sub> wirksam zu bepreisen. Die Diskussion über „Flugscham“ etc. kann auch dazu führen, dass wir die falschen Schwerpunkte setzen. Der ein oder andere verzichtet auf eine Flugreise und vor lauter gutem Gewissen, vergisst er seinen Heizungskeller oder Skiurlaub mit dem Auto in den Alpen. Der internationale Luft- und Schiffsverkehr hat heute einen Anteil von ca. 3 – 5 % an den globalen Emissionen. Keine Frage, auch die müssen wir auf Null bekommen. Ein wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis kann uns helfen, die richtigen Schwerpunkte zu setzen, damit wir unter dem Strich tatsächlich vorankommen.

Die Reise nach New York per Segelboot von Greta Thunberg war für viele eingefleischte Klimaschützer ein starkes Symbol. Aber es war vielleicht das falsche Symbol zum falschen Zeitpunkt, weil es jetzt auf politische Entscheidungen ankommt. Vielleicht wäre es zielführender gewesen nach New York zu fliegen und klar zu machen, dass die dabei entstandenen CO<sub>2</sub>-Emissionen in erster Linie

die Politik aufgrund fehlender politischer Rahmensetzung zu verantworten hat. Ein zu großer Teil der Bevölkerung wird durch derartige symbolische Aktionen eher abgeschreckt, weil sie sie nicht auf ihre Lebenssituation übertragen können oder wollen: „Soll ich jetzt zur Arbeit segeln?“ kann die Reaktion sein. Auch wenn diese Aktion von Greta Thunberg unter Umständen ein problematisches Signal gesendet hat; ohne Greta Thunberg wären wir heute noch viel weiter von einer erfolgreichen Begrenzung der Erderwärmung entfernt. Die persönlichen Angriffe auf eine sehr junge Aktivistin, die sich mit aller ihrer Kraft für die Menschheit ins Zeug wirft, sind unanständig.

Wir müssen uns klar machen, wenn Einzelne - vielleicht auch nur in Teilbereichen - vorbildlich sind, dann ist das gut, damit wir einen Eindruck von den Alternativen bekommen. Außerdem ist dies ein Kennzeichen Sozialer Bewegungen in deren Anfangsphase. Heute stehen wir allerdings vor der Aufgabe, die Dekarbonisierung massentauglich zu machen. Für eine erfolgreiche Dekarbonisierung bis 2050 ist daher jetzt die politische Rahmensetzung entscheidend. Kampagnen wie „Klimaschutz, was jeder tun kann“, lenken oft zu sehr davon ab.

Wir müssen uns auch klar machen, der Einzelne steht vor einem Dilemma: Klimaschutz ist oft mit privaten Nachteilen verbunden. Wenn man dann die Folgekosten des eigenen Tuns sozialisieren kann, wie dies ohne entsprechende politische Rahmensetzung der Fall ist, dann überfordert klimagerechtes Handeln den Einzelnen und es entstehen auch nicht die notwendigen Strukturen, um klimagerechter leben zu können. Außerdem besteht bei fehlender politischer Rahmensetzung die Gefahr, dass mein persönlicher Verzicht durch Andere wieder konterkariert wird. So könnten die Preise für fossile Brennstoffe sinken, wenn ein signifikanter Anteil der Bevölkerung anfangen würde zu verzichten bzw. sich umzustellen. Die Folge könnte sein, dass dann weniger klimabewusste Mitbürger mehr emittieren aufgrund der gesunkenen Preise für Kohle, Erdgas und Erdöl.

Dieses Dilemma ist uns vielleicht nicht immer vollkommen bewusst. Aber es ist trotzdem ein Hauptgrund für die große Diskrepanz zwischen unserem „Handeln“ und unserem in weiten Teilen eigentlich vorhandenen „Problembewusstsein“.

Außerdem verursacht es beim Einzelnen sehr hohe Informationskosten, wenn er bei all seinen täglichen Entscheidungen immer die Klimafolgen mitbedenken sollte. All unser Tun und Lassen ist mit der Verursachung von mehr oder weniger Treibhausgasen verbunden. Es würde uns in den Wahnsinn treiben, wenn wir ständig überlegen müssten, was jetzt für das Klima gut oder schlecht ist. Geben wir CO<sub>2</sub> einen wirksamen Preis, dann signalisieren und die Produktpreise über alle Wertschöpfungsketten hinweg den CO<sub>2</sub>-Rucksack des Produkts. Dann können wir abwägen, ob es uns das wert ist oder eben nicht.

Die wichtigste Aufgabe von Politik ist es, gerade solche Dilemmata im Sinne des Gemeinwohls zu überwinden. Wenn Politiker nur eine „Koalition mit dem Volk“ suchen, dann verfehlen sie ihre Aufgabe zu einem guten Teil. Sie müssen auch Überzeugungsarbeit für notwendige politische Rahmensetzungen leisten.

Wir brauchen also Politiker, die uns die Wahrheit sagen, und wir Wähler müssen die Wahrheit auch hören wollen.

Überlegen Sie mal in Ihrem privaten Umfeld: Wie oft diskutieren Sie über Auto fahren oder stehen lassen, Veganismus, Fliegen, etc. Und wie oft über systemische Ansätze, wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung (marktbasierter Ansatz) oder dem schrittweisen Verbot der Verwendung fossiler Brennstoffe (ordnungsrechtlicher Ansatz)? Dabei sind das die entscheidenden Fragen, über die wir gesellschaftlich stärker diskutieren müssen.

Wir diskutieren Klimaschutz seit bald 40 Jahren viel zu oft auf der Ebene individueller Verhaltensänderungen. Das ist mit ein wesentlicher Grund, warum unser Erfolg überschaubar ist: Die Wichtigkeit politischer Rahmensetzungen ist darüber nicht so recht ins Bewusstsein gerückt und es hat damit auch der notwendige politische Druck gefehlt. Der Politik war das auch ganz recht so. So brauchten sie sich nicht die Finger verbrennen. Und der Wirtschaft war es auch recht, da damit ihre Geschäftsmodelle nicht wirklich Gefahr kamen.

### 3. „Panik“ vs. „kühler Kopf“

Greta Thunberg hat viel Aufmerksamkeit damit erreicht, indem sie Panik statt Hoffnung forderte. Schnell kam die Reaktion, dass man doch mit einem kühlen Kopf mehr erreichen könne. Aber warum spricht Greta Thunberg von Panik? Übertreibt sie einfach nur? Nun, der IPCC hat in seinem Sonderbericht 2018 darauf hingewiesen, dass wir zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze ab 2018 noch ein verbleibendes globales CO<sub>2</sub>-Budget in einer Größenordnung von 420 Mrd. t haben (allerdings mit großen Unsicherheiten in beide Richtungen). Wir emittieren derzeit jährlich rund 42 Mrd. t. Der Sonderbericht macht auch klar: jenseits der 1,5°C-Grenze nehmen die Risiken zu, [Kipppunkte im Klimasystem](#) auszulösen, die eine Begrenzung der Erderwärmung auf ein für die Menschheit noch handhabbares Niveau vollkommen unmöglich machen. Vor diesem Hintergrund haben wir jeden Grund, Panik und Angst zu empfinden. Und wir sollten uns auch kurz panisch schütteln, um dann mit maximaler Energie und möglichst kühlen Kopf alles Menschenmögliche zu unternehmen, um unseren Kindern und Kindeskindern eine Zukunft zu geben.

### 4. „Erst die Alternativen“ dann „Senkung der Emissionen“

Wir Bürger haben manchmal den impliziten Anspruch an die Politik bzw. die Ingenieure, dass diese zuerst die Alternativen fix und fertig „auf den Hof stellen“ müssen, bevor wirksame Instrumente zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen eingeführt werden dürfen. So soll z.B. der ÖPNV perfekt ausgebaut sein, bevor Mobilität auf der Basis fossiler Brennstoffe verteuert werden darf.

So wird es leider nicht funktionieren. Wir müssen uns zuerst über wirksame Instrumente verständigen, die die CO<sub>2</sub>-Emissionen tatsächlich senken. Dadurch werden wir auch die notwendigen Energien freisetzen, damit die Alternativen Stück für Stück - und auch mit Rückschlägen - Realität werden. Das wichtigste Instrument ist dabei ein kontinuierlich steigender wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis.

Mit dem menschengemachten Klimawandel hinterlassen wir zukünftigen Generationen eine hohe Hypothek. Wir haben aber gleichzeitig ein gewaltiges technisches Potential aufgebaut, das wir jetzt „nur“ über eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung in die richtige Richtung lenken müssen.

### 5. „Anreize“ vs. „Verbote“

Die Union versucht derzeit aus parteitaktischen Gründen sich als die großen „Ermöglicher“ darzustellen und die politischen Gegner als „Verbotsapostel“ abzustempeln. Die Realität ist etwas komplexer. Es gibt positive Anreize, wie Subventionen (EEG, KfW-Kredite, Förderung ÖPNV, Busspurennutzung für E-Autos, etc.) und negative Anreize wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Bei positiven Anreizen hat man folgende Probleme (auch, wenn es so „positiv“ klingt):

- Da man das CO<sub>2</sub> nicht direkt angeht, kann man auch nicht sicher sein, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen tatsächlich sinken. So sind unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen trotz EEG seit bald 10 Jahren nicht mehr wirklich gesunken. Kaufprämien für E-Autos können zum subventionierten Drittauto führen. Mit E-Autos, die mit Kohlestrom fahren, ist nicht gewonnen. Etc. pp.
- Subventionen können in der Praxis nicht wirklich technologieoffen sein, da man immer einen Fördergegenstand braucht.
- Reboundeffekte können die Wirkung konterkarieren, weil man eben nicht direkt die CO<sub>2</sub>-Emissionen angeht.
- Umstiegshilfen für alle Bürger sind nicht finanzierbar bzw. es besteht die Gefahr einer sozial ungerechten Finanzierung dieser Umstiegshilfen. So ist nicht nachvollziehbar, warum der Vorstandsvorsitzende von VW in seiner Steuererklärung eine höhere Entfernungspauschale im Rahmen des Klimapakets der Bundesregierung geltend machen können soll. Wenn der Vorstandsvorsitzende von VW dadurch Steuern spart (und er kann viel sparen), dann muss an anderer Stelle irgendjemand mehr Steuern zahlen. Ob das Ergebnis dann gerecht ist, kann man wohl bezweifeln.

- Busspuren für E-Autos frei geben ist eine schöne Idee. Aber wir müssen ja alle über kurz oder lang auf Alternativen umsteigen. Wenn wir dann alle auf der Busspur im Stau stehen, ist uns nicht geholfen. Wir brauchen auch Lösungen, wenn die Alternativen auf Dauer teurer bzw. unbequemer sind.

Quintessenz: Nur mit positiven Anreizen ist die Dekarbonisierung mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu wuppen. Wer diesen Eindruck erweckt, hat Angst den Menschen die Wahrheit zu sagen.

Wir haben unter dem Strich eigentlich nur zwei zentrale Alternativen:

(1) Verbote (Ordnungsrecht)

Wir können fossilen Brennstoffen einfach nach und nach ein Ablaufdatum geben. D.h., ab 2030 dürfen z.B. keine Autos mehr verkauft werden, die auf fossile Brennstoffe angewiesen sind, ab 2035 darf es keine Ölheizungen mehr geben, Kohlemeiler gehen mit Entschädigungszahlungen vom Netz (ordnungsrechtlicher Kohleausstieg).

(2) CO<sub>2</sub>-Preis

Wir geben CO<sub>2</sub>-Emissionen einen wirksamen Preis. Wirksam in dem Sinne, dass wir immer den CO<sub>2</sub>-Preis haben, den wir brauchen, um unsere Reduktionsziele einzuhalten.

Was glauben Sie ist der „smartere“ Weg zur Klimarettung?

Wenn über einen wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis oder einen ordnungsrechtlichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe die Erreichung der Reduktionsziele gesichert ist, dann kann man sich auch über sinnvolle und finanzierbare positive Anreize unterhalten. Der Staat muss sich dabei vor allem auf soziale Härtefälle konzentrieren.

## 6. „Das rechnet sich doch noch nicht“ – ein Missverständnis

Kerosin aus Algen ist eine Möglichkeit für einen CO<sub>2</sub>-freien Treibstoff für Flugzeuge. Den gezüchteten Algen werden dabei Nährstoffe wie Phosphor und Stickstoff entzogen. Weil sie dann keinen Zucker mehr produzieren können, bilden sie Lipide. Diese können mittels eines Katalysators in Kerosin verwandelt werden.

Kerosin kann aber auch über Power-to-Liquid mit Hilfe von Strom aus Wasserstoff und CO<sub>2</sub> hergestellt werden.

Technisch ist also die Dekarbonisierung des Flugverkehrs im Prinzip gelöst.

Sehr lehrreich ist die Berichterstattung in den Medien über dieses Thema. In einem Radiobeitrag wurde ein daran forschender Wissenschaftler gefragt, wann Algenkerosin den zum Einsatz kommen würde. Die Antwort des Wissenschaftlers sinngemäß: „Zurzeit koste die Produktion eines Liters Algenkerosins ca. 2 €. Ein Liter herkömmliches Kerosin koste nur 60 ct. Daher müsste jetzt weiter geforscht werden, um Algenkerosin wettbewerbsfähig zu machen.“

Achten Sie einmal darauf. Diese Argumentationskette können Sie an vielen Stellen der Dekarbonisierungsdebatte wieder erkennen. Leider wird sie von Naturwissenschaftlern gern auch gegenüber der Politik kommuniziert. Wo ist das Problem? Natürlich ist es sinnvoll weiter zu forschen, um z.B. Algenkerosin kostengünstiger herstellen zu können. Aber das ist nicht der Kern des Problems, vor dem wir stehen. Selbst wenn die Alternativen auf Dauer 2 € pro Liter kosten sollten, müssen wir umsteigen. Fliegen ist dann einfach teuer als heute und wir werden wahrscheinlich dann auch weniger fliegen. Aber was ist die Alternative? Ein unbegrenzter Klimawandel? Die Argumentation des Wissenschaftlers birgt einen weiteren Fallstrick: Vielleicht schafft es er tatsächlich einmal Algenkerosin für 58 ct zu produzieren. Was passiert dann? Die Nachfrage nach Kerosin auf fossiler Basis sinkt und damit auch sein Preis. Vielleicht kostet dann das fossile Kerosin 55 ct. Sollen wir dann wieder warten, bis die Forscher es vielleicht geschafft haben, die Produktionskosten auf 53 ct zu senken? Sie merken es wahrscheinlich: das kann es irgendwie nicht sein. Der Weg muss sein, über einen CO<sub>2</sub>-Preis die volkswirtschaftlichen Kosten beim fossilen Kerosin einzupreisen und über einen kontinuierlich steigenden CO<sub>2</sub>-Preis als zentrale Steuerungsgröße unsere CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele zu erreichen. Durch weitere Forschung und durch Mengeneffekte werden alternative Treibstoffe



wahrscheinlich billiger werden. Aber es ist Humbug mit fossilen Brennstoffen konkurrieren zu wollen, bei denen deren externe Kosten nicht eingepreist sind.

## 7. „CO<sub>2</sub>-Steuer“ vs. „Emissionshandel“

Seit Jahrzehnten ist in Fachkreisen vollkommen unbestritten, dass eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung eine [notwendige Bedingung](#) für eine erfolgreiche Dekarbonisierung ist. Eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung bedeutet: effektiver, kosteneffizienter und innovativer Klimaschutz. Nun scheint sich diese Einsicht, auch langsam in der Politik durchgesetzt zu haben. Mit dem am 20.09.2019 beschlossenen Maßnahmenpaket 2030 der Bundesregierung, welches im Vermittlungsausschuss noch einmal entscheidend nachgeschärft wurde, wird ein CO<sub>2</sub>-Bepreisungsmodell skizziert, das langfristig eine wirksame Bepreisung aller CO<sub>2</sub>-Emissionen vorsieht. Das Maßnahmenpaket sieht 2021 – 2025 eine Art CO<sub>2</sub>-Steuer vor (die wegen der Union nicht so heißen darf) und anschließend einen nationalen Emissionshandel (nEHS) für die Sektoren Wärme und Mobilität. Das Problem ist nur: Die wirksame Bepreisung kommt in diesem Maßnahmenpaket zu spät. Vor 20 Jahren wäre dies noch ein großer Wurf gewesen. Heute springt das Klimapakete zu kurz. [Hier](#) ein Vorschlag für eine Nachbesserung des Klimapakets.

Die gesellschaftliche Debatte über eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird leider vergiftet durch einen ideologischen Streit: Für Teile der Union ist eine CO<sub>2</sub>-Steuer reine Planwirtschaft bzw. gehört zur „Verbotskultur der Grünen“. Für Teile des linken Spektrums ist der Emissionshandel ein Ausbund an Neoliberalismus. Beide Seiten liegen mit ihrer ideologisch geprägten Einschätzung falsch.

CO<sub>2</sub>-Steuer und Emissionshandel sind bei richtiger Ausgestaltung fast wirkungsgleich. Entscheidend ist eben die wirksame Bepreisung von CO<sub>2</sub> und nicht ob Steuer oder Emissionshandel. Allerdings muss bei einer CO<sub>2</sub>-Steuer klar sein, dass diese regelmäßig mit Blick auf das Reduktionsziel angepasst werden muss. Theoretisch ist der Emissionshandel hier zielgenauer. Wenn man allerdings dort Höchst- und Mindestpreise vorsieht, schwindet der Unterschied wieder.

Im Maßnahmenpaket der Bundesregierung haben wir nun die unschöne Situation, dass für die ersten Jahre ein „Fixpreis“ vorgesehen ist. Dies bedeutet: Es werden Zertifikate zu einem Fixpreis verkauft (ohne Mengengrenze). Ohne eine solche Obergrenze hat dieser sogenannte Fixpreis einen Steuercharakter. Im Grundgesetz gibt es aber nur eine begrenzte Anzahl von Steuerarten und eine CO<sub>2</sub>-Steuer gehört bisher nicht dazu. Es könnte daher sein, dass für diesen Fixpreis eine Grundgesetzänderung notwendig wäre. Dabei erscheint es unwahrscheinlich, dass hierbei die FDP mitmacht. Würde man stattdessen zum 01.07.2020 eine CO<sub>2</sub>-Komponente in der bestehenden Energiesteuer einführen, wäre dies rechtlich vollkommen unproblematisch und schnell umsetzbar.

Aber warum lehnt die Union eine CO<sub>2</sub>-Steuer so vehement ab? Dafür gibt es zwei Gründe:

### (1) Parteitaktik

Der Vorschlag für eine CO<sub>2</sub>-Steuer kommt historisch eher vom linken politischen Spektrum. Auch jetzt wurde diese vor allem von der SPD und B'90/Die Grünen gefordert. Damit bestand für die Union offenbar die unwiderstehliche Versuchung, kurzfristiges politisches Kapital daraus zu schlagen, den Vorschlag einer CO<sub>2</sub>-Steuer als Planwirtschaft und Verbotsorgie zu diffamieren.

### (2) Angst vor einer Gelbwestenbewegung

In der Union (auch in der SPD) herrscht große Angst vor einer Gelbwestenbewegung wie in Frankreich durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Deshalb tendiert man eher zum Emissionshandel mit der Hoffnung, dass ein dort durch Angebot- und Nachfrage sich einstellender CO<sub>2</sub>-Preis (Zertifikatspreis) sich weniger zur politischen Skandalisierung eignet. Dabei neigt die Union selbst zu einer Skandalisierung (s.o. Parteitaktik); was die Sache nicht einfacher macht.

Warum spielt in der Klimaschutzbewegung die CO<sub>2</sub>-Bepreisung (noch) nicht die entscheidende Rolle?

### (1) Ausbund an Neoliberalismus

Die Klimaschutzbewegung kommt historisch eher aus dem linken Lager, das einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung als maßgebliches Klimaschutzinstrument teilweise kritisch gegenüber steht. Bei vielen schwingt das Gefühl mit: „Jetzt soll der verhasste Kapitalismus das Klima retten? Das kann doch nicht sein.“ Oder: „Jetzt wird auch noch der Klimaschutz monetarisiert“. Wenn dann

soll wenigstens der Staat den CO<sub>2</sub>-Preis über eine Steuer festlegen. In der Vergangenheit wurde im linken Lager auch gerne auf die Einnahmen einer CO<sub>2</sub>-Steuer geschickt. Einnahmen generiert allerdings auch ein Emissionshandel über die Versteigerungserlöse. Die Forderung der SPD und von B'90/Die Grünen nach einer zumindest teilweisen Pro-Kopf-Ausschüttung (Klimaprämie, Energiegeld) zeigt in die richtige Richtung (auch die FDP fordert übrigens eine Pro-Kopf-Ausschüttung und nennt es: Klimadividende). Also es tut sich etwas in den politischen Lagern.

(2) EU-Emissionshandel funktioniert doch nicht

In der Vergangenheit konnte das linke politische Spektrum auch darauf verweisen, dass „der Emissionshandel doch nicht funktioniert“. Nach einer Reform des EU-Emissionshandels Anfang 2018 hat sich jedoch gezeigt, dass dies nicht am Emissionshandel an sich lag, sondern an der laschen politischen Festlegung der Zertifikatmenge. Wo war eigentlich die Klimaschutzbewegung als die Zertifikatmenge politisch festgelegt und über die Reform des EU-ETS verhandelt wurde? Da war wenig zu hören.

Man sieht: eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung tut sich auch schwer, weil in der Kommunikation darüber ideologische Grabenkriege ausgetragen werden, die mit der Sache wenig zu tun haben.

## 8. „Internationale Wettbewerbsfähigkeit“ vs. „Vorreiterrolle“

In der Klimapolitikk Diskussion schwingen oft zwei idealtypische Grundannahmen über die Realität mit, die aber meist nicht explizit gemacht werden:

- (1) Wir können die Dekarbonisierung auch im nationalen Alleingang durchziehen, weil sich die Alternativen durch vermehrten Einsatz auch (einmal) betriebswirtschaftlich rechnen (werden). Der Rest der Welt wird dann diesem erfolgreichen Weg folgen.
- (2) Wir können die Dekarbonisierung nicht im nationalen Alleingang durchziehen, weil die bekannten Alternativen auf Dauer betriebswirtschaftlich zu teuer sind. Daher brauchen wir zuerst globale Kooperation bzw. müssen weiter forschen, bis sich die Alternativen auch betriebswirtschaftlich rechnen.

Leider kann man heute nur schwer entscheiden, welche Grundannahme näher an der Realität ist. Nimmt man z.B. die Stromerzeugung, so kann man festhalten, dass die Gestehungskosten auf der Basis erneuerbarer Energien massiv gesunken sind (auch ein Erfolg des EEG). Anlagenbetreiber von Offshore-Windparks kommen bald vielleicht sogar mit dem Börsenpreis für Strom zurecht und brauchen daher keine Subventionen mehr. Allerdings kann der Strom für den Nutzer trotzdem betriebswirtschaftlich teurer sein als fossiler Strom, da der Nutzer auch die notwendigen Speicher bei 100% erneuerbarem Strom über seinen Strompreis bezahlen muss. Es ist heute reine Spekulation, ob 100% erneuerbarer Strom einschließlich Speicher einmal auch betriebswirtschaftlich günstiger ist als heutiger fossiler Strom. Das ist auch ein entscheidender Denkfehler bei der Grundannahme zwei: Es kann sein, dass wir noch so viel forschen können und trotzdem bleiben fossile Brennstoffe betriebswirtschaftlich zu lange günstiger.

Was bedeutet dies für die nationale Klimapolitik: Wir müssen beherzt auf Sicht fahren. D.h., entschiedene nationale Schritte in die richtige Richtung tun. Wichtigster nächster Schritte sind eine weitere Nachbesserung des Klimapaktes in puncto CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Einnahmeverwendung ([hier](#) ein konkreter Vorschlag). Damit wird auch globale Kooperation wahrscheinlicher. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit müssen wir dabei im Auge behalten. Als Übergangslösung brauchen wir weiter intelligente Ausnahmeregelungen für energieintensive Prozesse, die besonders im internationalen Wettbewerb stehen bzw. ein Grenzausgleichssystem (border adjustment). Wir sind wohl darauf angewiesen, dass der [Pariser Nachbesserungsprozess](#) ein Erfolg wird; mit in Summe pariskompatiblen nationalen Zielen (NDCs).

## 9. Appell an die Politik: Redet mit uns!

Hören Sie mal ganz genau zu bei Interviews mit Politikern. Immer öfter hört man heraus, dass diese fast flehentlich nach mehr Druck aus der Zivilgesellschaft bitten, da sie sich selbst nicht mehr in der

Lage sehen, in der Gesellschaft für schwierige Projekte um Mehrheiten zu kämpfen. Ihre Kommunikations- und Vertrauensreichweite würde dazu heute nicht mehr ausreichen.

Das ist eigentlich eine Bankrotterklärung einer repräsentativen Demokratie. Unser Grundgesetz sieht vor, dass die Parteien um Mehrheiten für Konzepte kämpfen, die nicht nur Partikularinteressen dienen, sondern dem Gemeinwohl. Demokratie ist durch Populismus weltweit unter starken Druck geraten und ist tatsächlich in Gefahr, Gestaltungsmacht zu verlieren. Wie konnte es so weit kommen? Jetzt könnte man gleich wieder auf die mutlosen Politiker eindreschen. Aber sollten wir Wähler uns nicht auch selbst mal an der Kandare nehmen und uns fragen, ob wir uns die Politikergeneration, mit der wir jetzt zurechtkommen müssen, nicht selbst herangezogen haben? Haben wir Politiker und Parteien belohnt, die uns von der Notwendigkeit von Strukturreformen überzeugen wollten?

Liebe Politiker, auch wenn ihr euch in der Vergangenheit mal eine blutige Nase geholt habt bei dem Versuch, uns Bürgern die ganze Wahrheit zu sagen, probiert es jetzt beim Projekt „Dekarbonisierung“ noch einmal. Die Herausforderung ist so gewaltig, dass wir uns wohl nicht ans Ziel schummeln können. Jetzt ist die Zeit für Wahrhaftigkeit. Redet mit uns und werbt für erforderliche herausfordernde Maßnahmen für das Gemeinwohl. Allerdings erarbeitet euch vorher ein schlüssiges Konzept, das man auch einfach kommunizieren kann. Zum Beispiel: Wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis mit Klimadividende. Macht klar: Die Dekarbonisierung ist ein so gewaltiger Transformationsprozess, dass es ohne Zumutungen nicht gehen wird. Aber, wenn wir jetzt handeln, können wir die Zukunft noch gestalten: In welchen Städten wollen wir leben? Wie soll Mobilität im ländlichen Raum erhalten oder sogar neu ermöglicht werden? Etc. pp. In ein paar Jahren werden wir nur noch im Krisenmodus reagieren können.

Statt über Umstiegsprämien und Steuererleichterungen ohne Bedürftigkeitsprüfungen die Bevölkerung beim Klimaschutz bei der Stange halten zu wollen, muss die Politik bei uns Bürgern dafür werben, dass stärkere Schultern auch Zumutungen in Kauf nehmen. Der Staat muss sich bei Hilfen vor allem auf soziale Härtefälle konzentrieren. Nicht jeder Pendler wird durch eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung zum sozialen Härtefall. Nicht jeder Hausbesitzer braucht eine staatliche Unterstützung, um eine neue Heizung einzubauen.

Die Bürger spüren die Größe der Herausforderung und spüren auch, dass die Kommunikation der Politik dazu noch nicht so recht passt. Deshalb muss die Politik jetzt die gewaltige Herausforderung klar benennen. Nur so wird die Bereitschaft bei uns Bürgern wachsen, den Weg der Dekarbonisierung mitzugehen; auch wenn dieser nicht immer einfach sein wird. Wenn diese Herausforderung klar benannt wird, dann kann man auch mit gutem Gewissen über Chancen der Dekarbonisierung sprechen.